

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich 2,25 Mk., erst Nachnahme,
 dann 10 Pfennig. Ausland 3,00 Mk., bei
 täglich einmaliger Zustellung 7,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Adema-
 rier, Holland, Ungarn, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
 Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
 zweimal, Sonntags einmal.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die achtspaltige Normzeile
 kostet 20 Pf. „Meine Anzeige“,
 das ist gedruckt Wort 40 Pf. (zwei-
 spaltige Zeile gedruckt Wort 20 Pf.,
 vier-spaltige 15 Pf., sechs-spaltige
 10 Pf.). Einmalige und
 Schlußzeilenanzeigen das erste Wort
 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Tagesanzeigen 50%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gemeinlichliche Berichte + Anzeigen
 80 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 3 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 62, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis
 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3. **Donnerstag, den 5. Dezember 1918.** Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 9565 u. 14662.

Loslösungsbestrebungen im Westen.

Unter Führung des Zentrums.

Röln, 4. Dezember. Zwei Riesenversammlungen forderten heute abend nach Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Trimborn und Marx (Zentrum) sowie des Hauptredakteurs Voëber unter gewaltigem Beifall baldige Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik unter folgendem Wortlaut: 5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dezember 1918 in der Bürgergesellschaft zu Köln versammelt, fassen folgende Entschlüsse:

In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Überzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend selbständige Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen anzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein auf, baldigt die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Es zeigt sich jetzt, worauf die von uns mehrfach gekennzeichneten Artikel rheinischer Zentrumsblätter, namentlich der „Rhein. Volksztg.“, hinausliefen, die von den Zuständen in Berlin ein ganz verzerrtes und unwahres Bild gaben. In jenen Berichten war es ständig so dargestellt, als ob in Berlin die Spartakusgruppe die Gewalt in den Händen habe. Diese Vorpiegelungen sollten den Loslösungsbestrebungen Vorschub leisten. In Wirklichkeit hat in Berlin die Spartakusgruppe weit weniger zu sagen, als gerade in einigen rheinischen Städten wie Düsseldorf und Essen.

Wir überlassen es selbstverständlich den Rheinländern und Westfalen vollkommen, wie sie sich innerhalb Deutschlands staatlich organisieren wollen. An dem alten Preußen als Staatsbegriff haben wir Sozialdemokraten nie gegungen. Preußen war in unseren Augen kein natürliches Staatsgebilde, sondern nur die dynastische Hausmacht der Hohenzollern, als solche genau so zusammengeklüffelt wie etwa das alte Oesterreich. Gerade in Berlin hat sich die Bevölkerung fast ausschließlich als Deutsche gefühlt und nie recht gewahrt, daß sie nebenbei auch preussisch war. Wir haben also nichts dagegen, wenn das alte Preußen sich in seine natürlichen Bestandteile auflöst.

Aber diesen unter Regide des Zentrums stehenden Bestrebungen gegenüber ist einiges Mißtrauen am Werke. Wenn auch vorläufig der Wille betont wird, beim Reich zu bleiben, so ist doch sehr fraglich, ob nicht durch eine derartige Bewegung im jetzigen Moment der bekannte Plan unserer Feinde sehr stark gefördert wird, die Rheinlande gänzlich vom Deutschen Reich loszulösen. Dem Zentrum kommt es offenbar vor allem darauf an, sich eine Privatdomäne klerikaler Klüster zu schaffen, in welche die Schulreform keinen Eingang findet. Falls das Reich eine lose Bundesrepublik bleibt, wird es am Reich festhalten. Bekommt aber das Reich eine starke Zentralgewalt, dann dürfte sich sofort der wahre Charakter der Zentrumsbewegung enthüllen.

Absperrung des ganzen linken Rheinufers.

Die Esch-Losbringen ist nunmehr auch das gesamte linke Rheinufer der Rheinprovinz von den feindlichen Besatzungstruppen vollständig abgesperrt worden. Auch die Post erreicht seit dem 3. Dezember nicht mehr ihre Bestimmungsorte. Der deutsche Einsatz ist bereits angewendet worden.

Staatliche Einmarschkräfte, die aus dem deutschen Heeresdienst entlassen sind, werden trotz ordnungswidrigen Postens an den Schiffsbrücken durch die französischen Truppen zurückgewiesen, weil die esch-Losbringer die Grenze bis zum 10. Dezember gesperrt sei. Dies verursacht große Unzufriedenheit, da die zurückkehrenden Soldaten vielfach nicht mehr im Besitze von Vermitteln sind und man nicht recht weiß, welche Schritte für sie zu ergreifen hat. Auch staatliche Plünderungen, die zurückkehren wollten, werden von den französischen Grenztruppen zurückgewiesen, was ebenfalls zu großer Unzufriedenheit Anlaß gibt. Es ist von deutscher amtlicher Seite

bereits an zuständiger französischer Stelle auf diese Unzulänglichkeiten hingewiesen worden.

Die französischen Behörden veröffentlichten Erlasse, wonach Beamte im esch-Losbringer Dienst befindlichen deutschen Beamten an ihre Dienststellen zurückzukehren haben. Namentlich sollen die aus dem deutschen Heeresdienst entlassenen Beamten den französischen Bestimmungen gemäß, ihre alten Stellen wieder einnehmen. Trotzdem werden die nach Esch-Losbringen zurückkehrenden Beamten an der Grenze von französischen Brückwachen am Uebertritt auf esch-Losbringer Gebiet verhindert. Diesem sind auch bereits zurückgekehrte deutsche Beamte von den französischen Behörden aufgehalten und über den Rhein abgeschoben worden. Die Beschwerden des französischen Oberbefehlshabers über die nicht erfolgte Rückkehr von esch-Losbringer Beamten sind demnach vollständig unbegründet. Ein entsprechender amtlicher Hinweis ist von deutscher Seite bereits erfolgt.

Der mit russischen Kriegsgefangenen und dem Kaiserhafen in Danzig ausgelassene Dampfer Eben wurde von englischen Kreuzern angehalten. Der weitere Abtransport russischer Kriegsgefangener zur See ist im Namen der englischen Regierung untersagt worden. Durch diese Maßnahme wird auch der Abtransport englischer Kriegsgefangener fast unmöglich gemacht. In der Provinz Westpreußen fanden sich bereits 20 000 Russen und erschweren die Versorgung und den Verkehr der Provinz. Abhilfe ist von seiten der Wassenstillstandskommission eingeleitet.

Unterredung mit dem früheren Kronprinzen Die Wendung des Krieges.

Amsterdam, 5. Dezember. Nach einer Neuermeldung aus New York hatte der hiesige Korrespondent der „Associated Press“ am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen, in der der Kronprinz u. a. sagte: Er habe auf nichts verzichtet und kein Dokument unterzeichnet; aber wenn die deutsche Regierung eine Republik noch amerikanischem oder französischem Muster beschließen wolle, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufriedengeben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun. Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege betrachte, sagte der Kronprinz, seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabsoffiziere nicht nervös gewesen wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensvorschläge zu machen, selbst auf Kosten großer Opfer, wobei er selbst soweit habe gehen wollen, Esch-Losbringen aufzugeben. Er habe aber zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und sich auf den Befehl über seine Armee beschränken solle.

Ueber den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz: Gegenüber allen bisher im Ausland veröffentlichten Berichten erkläre er, daß er den Krieg niemals gewünscht habe. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampfe teilnehmen werde, aber diese Ansicht sei vom Prinzen Heinrich und den anderen Mitgliedern der Familie Hohenzollern nicht geteilt worden. Der Kronprinz sprach dann mit Erbitterung über die Arbeit der Generalstabsoffiziere, die, wie er sagte, für eine Anzahl von Verhältnissen verantwortlich seien, darunter für die große Märzoffensive dieses Jahres, an der er im Widerspruch zu seiner eigenen Überzeugung habe teilnehmen müssen.

Er erklärte ferner, daß Ludendorff die Haupttriebfeder der deutschen Kriegspolitik gewesen sei, während Hindenburg nur dem Namen nach der Leiter gewesen sei. Ludendorff und sein Stab habe die feindliche Truppenmacht fortwährend unterschätzt. Sie hätten nie geglaubt, daß Amerika so viele Soldaten senden würde, wie es tatsächlich tat. Zum Schluß erklärte der Kronprinz, daß er Wilson bewundere, der, dessen sei er sicher, dem deutschen Volke einen gerechten Frieden bringen wird.

Der geplante Russenbesuch in Deutschland. Eine internationale Frage.

Ein Telegramm aus Bern meldet den V. P. R., daß die Einladung des Kongressausschusses des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates an die russische Arbeiterregierung Vertreter zu der Gesamtagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember zu senden, in den Kreisen der Ententevertreter und besonders der Vertreter der Vereinigten Staaten den schlechtesten Eindruck gemacht hat. Man fragt sich in diesen Kreisen, ob die deutsche Regierung und die deutschen Arbeiterräte nicht wüßten, daß die Entente nicht zugleich mit den Bolschewiki Krieg führen und mit einem Deutschland, das mit der russischen Arbeiterregierung verbandlich verbunden sei, Brechen schließen könnte.

Das Proletariat unter der Diktatur.

Von Robert Schmidt.

Selbstkritik hat bisher stets zu den stärksten Tugenden der Arbeiterbewegung gehört. Wir geben daher sehr gern dem Genossen Robert Schmidt das Wort, der arge Mißstände, die sich unter der Herrschaft der A- und S-Räte herangebildet haben, kritisiert. Wir halten die A- und S-Räte für ein notwendiges Organ der Ueberleitung zur neuen vollkommen demokratischen Staatordnung, haben also das stärkste Interesse daran, daß sie vor der Geschichte bestehen können. Gerade darum ist Kritik doppelt und dreifach nötig. (Red. d. „Vorwärts“.)

Das System des alten Regimes, das mit seiner so lang geheiteten Herrschaft der Junkerlaste und des Großkapitals verfunken ist, hat uns einen hoffnungsfreudigen Ausblick eröffnet für die Entwicklung eines freiheitlichen demokratischen Volksstaates. Wie nicht anders zu erwarten, ist nun in der kurzen Zeitpanne manches noch nicht so geordnet, wie es den Interessen der Allgemeinheit idealisch wäre. Aber es ist hohe Zeit, daß wir nunmehr dahin drängen, eine Klarheit und Sicherheit des Zieles festzusetzen, wie der neue Aufbau gestaltet sein muß. Es zeigen sich gegenwärtig Mängel, die auf die Dauer eine ernste Gefahr bieten für das neue Staatsleben, und was viel schlimmer ist, es gelangen Bestrebungen zur Geltung, die nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des Proletariats sind.

Ein Blick auf die Organisation unserer Nahrungs- mittelversorgung läßt erkennen, daß wir leider hier nicht zu einer Zentralisation der Verwaltung, sondern zu einem Durcheinander kommen, das, wenn weiter dieser Weg innegehalten wird, die schon vorhandenen Schwächen noch vergrößert. Wir haben uns seinerzeit gegen die Absperrung einzelner Kommunalverbände in der Lebensmittelversorgung gewandt und hervorgehoben, daß Deutschland bei seiner unterschiedlichen wirtschaftlichen Konstellation den einen Bezirk als Ueberlieferungsgebiet für die Nahrungsmittelversorgung braucht, um den anderen das Fehlende zu geben. Was die Vandräte aufgegeben haben, wird in einigen Bezirken von den Arbeiter- und Soldatenräten mit großem Eifer wieder aufgenommen. Unausgesprochen müssen Bemühungen einsetzen, um die Beschlagnahme von Mehlbeständen in den Mühlen zu verhindern. Nicht die Zentrale, die Reichsgetreidestelle oder das Reichsernährungsamt haben zu entscheiden über das, was der einzelne Bezirk zu erhalten hat, sondern der Arbeiter- und Soldatenrat befindet darüber. Das ist so weit gegangen, daß man die Mehllieferungen nicht nur am Ausgangsort, sondern auch unterwegs ein-, auch zweimal aufhielt. Auf Weisung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Entladung der Transporte verfügt, und wenn dann nach vielen Bemühungen die Freigabe erreicht war, erlebte man, daß an einer anderen Stelle erneut der Transport ins Stocken geriet. Gegenwärtig, ganz abgesehen davon, daß von der schnellen Belieferung der Bedarfsbezirke unendlich viel abhängt, verärgern wir durch diese Eingriffe in unerbittlicher Weise Transportmaterial, denn jede Störung nimmt das so nötige Transportmaterial länger in Anspruch, als es unbedingt notwendig ist.

Recht sonderbar nimmt es sich aus, wenn von einer Stelle versucht wird, ein regelrechtes Schiebergeschäft einzuschalten. So bietet ein Arbeiter- und Soldatenrat einer Gemeinde die Lieferung von Zucker gegen den Entlohnung von Kartoffeln an. In den Hafenstädten führt der Arbeiter- und Soldatenrat, die recht bedenkliche Erscheinungen zeitigt. Wir haben gegenwärtig in deutschen Häfen Schiffe mit ungefähr 500 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung bereit. Es ist naheliegend, daß dieses Schiffsmaterial nicht in Betrieb genommen werden kann, ohne daß zuvor dringende Reparaturen an ihm erledigt sind. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat an einigen Orten die Uebernahme der Schiffe in Reparatur von seiner Zustimmung abhängig gemacht. Man hätte für diese Maßnahme eine Erklärung kaum finden können, wenn nicht jetzt bekannt würde, man wolle eine Depression auf die gegenwärtige Regierung ausüben. Eine solche Maßnahme würde sich in ihrer gefährlichen Wirkung gegen die hungernde Bevölkerung richten; es darf wohl von der Regierung erwartet werden, daß sie sich einer solchen unerhörten Diktatur, die dem Volksganzen den schwersten Schaden zufügt, nicht beugt.

Unklarheit herrscht auch über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Regierung hat durch

Ihre Bekanntmachung den Achtstundentag verfügt und seine Durchführung spätestens am 1. Januar 1919; vom Standpunkt der Arbeiter ein sehr erfreulicher sozialpolitischer Fortschritt. Was ist nun aus dieser Anordnung geworden? In einigen Betrieben, die mit der Herstellung wichtiger Nahrungsmittel betraut sind, ist sofort, ohne Rücksicht darauf, ob Arbeitskräfte vorhanden sind, der Achtstundentag eingeführt, die Erkräftung von Beschäftigten unterjagt worden. Die Folge ist, daß in solchen Betrieben die Herstellung von Nahrungsmitteln, Mehl, Zucker stark reduziert wurde, während wir dringend die volle Ausnutzung der Betriebe bedürfen, da die Produktion weit im Rückstande ist. Nur schwer ist es gelungen, diese Maßnahmen nach und nach rückgängig zu machen und damit die Betriebe, die vorübergehend ihre Leistungen auf ein Minimum herabsetzten, wieder voll in Betrieb zu bringen.

Die Vermittlung der Gewerkschaften, die unter dem alten Regime immerhin noch möglich war, wird jetzt an einigen Stellen geradezu ausgefallt, weil dort in den Versammlungen der Soldatenräte heute das Wort führen, die nie einer Organisation angehört und von den Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet keine rechte Vorstellung haben. Der Kampf, den die Gewerkschaften geführt haben um Anerkennung ihrer Organisation, scheint, wenn die Dinge so weiter gehen, in einigen Bezirken unter dem neuen Regierungssystem neu auszubühen, denn man gewinnt den Eindruck, daß nur noch die Unorganisierten Anerkennung finden.

Abgesehen von diesen Uebelständen macht man die Wahrnehmung, daß bei vielen jedes Verständnis dafür, welchen Wert ein einheitliches Staatsgebilde für unser Wirtschaftsleben hat, verloren geht. Wir beklagen die Zerissenheit Deutschlands vor dem Zusammenschluß zu einem einheitlichen Bundesstaat, der allerdings auch noch seine Sonderrechte und partikularistischen Mäßen und Tüden zur Genüge hatte. Allein wie hat sich die Sozialdemokratie die Entwicklung nach aufwärts anders gedacht, als daß aus diesem zerrissenen deutschen Staatsgebilde der einheitliche Staat stärke und fruchtbarer entstehen muß. Aber was nehmen wir wahr? Bayern droht mit der Loslösung vom Reich. In Schlesien kündigen Parteigenossen an, sie werden die Zukunft aus dem Kohlengebiet ins Harz; die Rheinlande glauben ihr Heil zu finden in der Loslösung vom Ganzen und schließlich spielt man auch im Norden mit dem Kleinstaatengebilde in neuer nicht gerade imponierender Macht. Wenn man auch diese Pläne und Drohungen nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, weil Deutschland das einheitliche Wirtschaftsgebiet braucht und ins Verderben rennt, wenn es anders käme, so bleibt ein deprimierendes Gefühl übrig, daß diese politische Effekthaserei Anfang finden kann. Dieses Durcheinander muß in der Uebergangszeit zu den schwersten Erschütterungen führen, die wiederum in ihrer Wirkung niemand schwerer treffen als wie die Arbeiterklasse selbst. Wie sollen wir unser zerrüttetes Wirtschaftsgebilde wieder aufbauen, wenn wir zu dem Anarchismus der Autonomie der Gemeinden kommen. Die Sozialdemokratie hat die anarchischen Theorien, die die Gemeinde als selbständiges Gebilde im Staat und unabhängig vom Volksganzen zu gestalten trachteten, stets bekämpft, weil ein höchentwickeltes Wirtschaftsgebilde nicht auf der Zerissenheit der einzelnen Landesteile, nicht auf ihrer uneingeschränkten politischen Herrschaft, ihrer gegenseitigen Konkurrenz, sondern auf der Einordnung zu einem großen Ganzen beruhen muß.

Weiter muß Klarheit über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sein. Soll sie ausgeschaltet werden, wie es von der bayerischen Regierung unternommen wird und wie an anderen Orten die Arbeiter- und Soldatenräte unternommen, die, ohne die Gewerkschaften zu hören, ohne eine Verhandlung der Unternehmer mit den Gewerkschaften zuzulassen, über die Arbeitsbedingungen verfügen, so bedeutet das, daß die bisher anerkannten Gewerkschaftsorganisationen, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind, auf ein Minderrecht herabgedrückt werden, als sie es unter dem alten System besaßen. Das wäre eine Diktatur, die sich gegen das Proletariat und seine anerkannten Organisationen wendet.

Der Siedepunkt im englischen Wahlkampf.

„Unerhörte Festigkeit.“

Stockholm, 4. Dezember. „Politiken“ erfährt aus Bergen von einem aus England zurückgekehrten Reisenden, daß der englische Wahlkampf mit unerhörter Festigkeit geführt werde. Er entwickle sich immer mehr zu einem Kampfe zwischen Imperialismus und Sozialismus. Die Arbeiterpartei gehe in dreihundert Kreisen zum Angriff vor, verfüge aber über keine Massen und Zeitungen. Die Regierung verstehe vor allem, die Kräfte für sich zu gewinnen, indem sie die Beeinflussung derselben von anderer Seite verhindere. Durch solche Methoden wachse die revolutionäre Stimmung, doch werde wahrscheinlich die Rechte siegen, da es der Sozialdemokratie vorerst an einer Organisation fehle.

London, 3. Dezember. (Reuter.) Die Aufstellung der Kandidaten für die allgemeinen Wahlen fand heute im ganzen Lande statt. Ein aufgestellter Kandidat gilt als gewählt, wenn er keinen Gegenkandidaten hat. Auf diese Weise wurden heute etwa 100 Kandidaten als gewählt erklärt. Die Wahl der Kandidaten mit Gegenkandidaten ist auf den 14. Dezember festgesetzt. Die Anzahl der Kandidaten beträgt 707, gegenüber 670 vor der Durchführung der neuen Wahlreform. Die Zahl der Wähler beträgt gegen 16 Millionen. Austin Harrison, Herausgeber der „English Review“, wurde heute in Cornwall aufgestellt, als Gegenkandidat Lloyd George. Kuffin Chamberlain wurde in Birmingham wiederum ohne Gegenkandidat aufgestellt.

Schluß der Alliiertenkonferenz.

London, 4. Dezember. (Reuter.) Koch, Clemenceau, Orlando und Sonnino verließen heute morgen mit Hofzug London.

Kriegskosten Amerikas.

Rund 60 Milliarden Mark bis Ende Juni.

New York, 4. Dezember. (Reuter.) Der Jahresbericht des früheren Staatssekretärs des Schatzamtes McAdoo schätzt die Kriegskosten Amerikas für die 15 Monate bis zum 30. Juni auf 13 222 Millionen Dollar.

Ausschluß der Deutschen aus England.

Vorklänge zum Völkerbund.

Aus London wird gemeldet: Bonar Law, der Minister des Äußeren, sagte in einer Rede: Die Regierung beabsichtigt, die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu fordern und ihn vor Gericht zu stellen. Eine der Folgen des Krieges müsse sein, daß man klar zeige, daß die Männer, die die Welt in diesen Krieg geführt haben, um selbst Vorteile zu erringen, zur Verantwortung gezogen werden. Es sei gerecht, daß die Deutschen bezahlen, aber man müsse zuerst prüfen, wie weit die Deutschen zahlen können, ohne daß die Alliierten selbst Nachteile davon haben. Die englische Regierung habe einen Ausschuss ernannt, um diese Fragen wissenschaftlich zu untersuchen. Auch die Alliierten werden einen Ausschuss zur Prüfung der gleichen Angelegenheit einsetzen. Dann würde man Schritte tun, um diese Bezahlung zu erzwingen. England sei nicht bereit, Deutsche wieder auf englischem Boden zu begraben, und die jetzige Regierung werde nicht nur die jetzt internierten Deutschen zurückschicken, sondern auch anderen Deutschen in Zukunft nicht erlauben, nach England zu kommen.

Die Franzosen in Budapest.

Farbige Besatzungstruppen.

Budapest, 4. Dezember. (Telanion.) Gestern ist eine Eskadron französischer Kavallerie aus Schulweisbürgen abgezogen und wird in Budapest und Umgebung einquartiert. Zu dieser Eskadron gehören Marokkaner, Spanier und afrikanische Jäger.

Die Armee Madensjen.

Waffenablieferung und Internierung.

Die Zeitungen bringen die widersprechendsten Meldungen über die Verhandlungen, die in Ungarn unter Beteiligung von Ententevertretern über das Schicksal der Armee Madensjen geführt werden. Aus den umfangreichen Nachrichten darüber scheint mit Klarheit erkennlich, daß die Armee Madensjen aus dem von den Rumänen beanspruchten südlichen Ungarn zurückgezogen, dann entwaffnet und interniert werden wird.

Die Auffassung des Auswärtigen Amtes.

Gegenüber den beunruhigenden Mitteilungen aus Ungarn über die Internierung der Armee Madensjen bleibt das Auswärtige Amt bei seiner gestern verbreiteten Darstellung, daß eine unmittelbare Gefahr für die Armee Madensjen nicht bestehe. Die bisherigen Verhandlungen in Spaas rechtfertigen keine Beforgnis.

Weitgehender Straferlass für nicht politische Straftaten.

Kriegsveteranen ausgenommen.

Im Anschluß an den Erlass einer politischen Amnestie hat die Reichsregierung am 19. November einen großzügigen Straferlass für nicht politische Straftaten angefündigt. In Einführung dieses Beschlusses hat der Rat der Volksbeauftragten am 3. Dezember eine Verordnung beschlossen, die demnachst im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht wird. Diese Verordnung schlägt alle Verfahren vor bürgerlichen Behörden wegen solcher Straftaten nieder, die nur zu Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bedroht sind. Darüber hinaus werden solche Personen besonders berücksichtigt, die aus Not, aus Un- erfahrung oder infolge von Verführung gehandelt haben. Dies kommt vornehmlich Frauen und anderen Angehörigen von Kriegsteilnehmern zugute, die diese in Haus oder Beruf vertreten und hierbei Straftaten begangen haben. Bereits erkannte Strafen werden allgemein erlassen, soweit sie ein Jahr Gefängnis oder ein Jahr Festungshaft oder 3000 M. Geldstrafe nicht übersteigen. Bei schwereren Strafen wird Straferlass unter der Bedingung gewährt, daß der Verurteilte sich 3 Jahre straffrei führt. Dieser bedingte Straferlass greift ohne weiteres Platz, wenn nur noch ein Strafrest von höchstens einem Jahre zu verbüßen ist. Ist noch mehr zu verbüßen, so tritt der bedingte Straferlass nur dann ein, wenn die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Verurteilte die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen wird. Kriegsveteranen werden von der Straffreiheit ausgeschlossen; Verfehlungen leichter Art gegen die alte und die neue Freiheitsgesetzgebung und gegen die Höchstpreisbestimmungen sind unter gewissen Einschränkungen in den Straferlass einbezogen.

Die Verordnung gilt für das Reich. Günstigere Bestimmungen einzelstaatlicher Amnestien bleiben jedoch in Kraft. Eine umfassende Amnestie in militärischen Angelegenheiten steht unmittelbar bevor.

Ein Gegenfall im Hause Hohenzollern.

Prinz Adalbert von Preußen teilt der „Arbeitszeitung“ förmlich mit:

Die Rundgebung des Prinzen Heinrich an alle Familienmitglieder des Hohenzollernhauses, die mir lebhaft durch die Zeitung zur Kenntnis kommt, zwingt mich für meine Person zu nachstehender Erklärung:

Am 20. November habe ich mich durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verfügung der jetzigen Reichsregierung gestellt. Im Gegenfall zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich sehe ich allein in dieser die Obrigkeit, die mit allen meinen Kräften zu unterstützen, ich für meine vornehmste Pflicht halte. Biel, Prinzen-Villa, 4. Dezember 1918.

Adalbert, Prinz von Preußen.

Es bewacht sich der alte Satz, daß erst das Unglück die Menschen vernünftig macht.

Die Völker hungern nach Weltversöhnung.

Romain Rolland an Woodrow Wilson.

Herr Präsident!

Die Völker zerreißen ihre Ketten. Die Stunde, die sie vorausschauen und erstreben, sie schlägt. Wäge sie nicht vergebens schlagen.

Überall ertönt in den Völkern Europas der Wille, sich wieder der Aussicht über ihr Schicksal zu bemächtigen, sich zu einen, auf daß ein verzüngtes Europa erhebe.

Über die Grenzen fort lachen sich die Hände umeinander zu sollen, aber immer noch sind Abgründe des Mißtrauens und des Mißverständnisses zwischen ihnen aufzuarbeiten.

Eine Weisheit muß über diese Klüfte geschlagen werden. Es gilt, die Bande des alten Schicksalszwanges zu sprengen, der jene Völker den tödlichen Kriegen verpflichtete und sie dazu trieb, sich jahrhundertlang blindwütig aufeinanderzuzürnen und gegenseitig zu vernichten. Allein vermögen sie es nicht; sie rufen nach Hilfe.

An wen aber sich wenden? Unter allen denen, die die gefährliche Ehrenhaft tragen, die Politik der Nationen zu lenken, genießen Sie, Herr Präsident, einzig und allein eine allgemeine geistige Autorität. Alle haben Vertrauen zu Ihnen.

Folgen Sie dem Wile jener erschütternden Hoffnungen, ergreifen Sie die Hände, die sich ausstrecken. Helfen Sie ihnen, damit sie sich zu einen vermögen. Kommen Sie den Völkern zu Hilfe, die tastend ihren Weg suchen, die eine neue Urkunde der Befreiung und Verbrüderung verfaßten wollen, nach deren Grundbegriffen sie leidenschaftlich und verzornen streben.

Bedenken Sie es: Europa droht in die tödlichen Kreise zurückzuführen, aus denen es seit fünf Jahren emporlitt und dabei den Weg mit seinem Blute besprengt. In jedem Lande fehlt den Völkern das Vertrauen zu den herrschenden Klassen. Sie sind zu dieser Stunde noch der einzige, der zu den einen wie den anderen sprechen kann, zum Volk wie zum Bürgerum aller Nationen, der von beiden angehört wird. Sie sind der einzige, der heute — und wer weiß, ob morgen noch — der Vermittler zwischen ihnen sein könnte.

Verzagt dieser Vermittler, so werden ohne Gegengewicht die auseinanderlaufenden Massen fast mit Notwendigkeit zum äußersten getrieben: Die Völker zur blutigen Anarchie und die Parteien der alten Gewalt Herrschaft zur blutigen Reaktion. Klassen- und Massenkriege werden kommen, Krieg zwischen den Nationen von gestern, Krieg zwischen den Nationen, die heute noch in Bildung begriffen sind. Blindwütige soziale Krämpfe, die nichts anderes mehr wollen als den Haß, den Neid, die toten Träume einer Stunde ohne Zukunft austreiben.

Erbe von Washington, von Abraham Lincoln, nehmen Sie die Sache — nicht einer Partei, nicht eines Volkes, sondern der Allgemeinheit in die Hand!

Rufen Sie die Vertreter der Völker zum Menschheitskongreß! Reizen Sie ihn mit der ganzen Macht, die Ihnen durch Ihr hohes sittliches Bewußtsein und die glanzvolle Zukunft des weiten Amerikas zu Gebote steht.

Sprechen Sie! Sprechen Sie zu allen! Die Welt hungert nach einer Stimme, die über die Grenzen der Nationen und der Klassen hinüberdringt.

Seien Sie der Richter freier Völker! Die Zukunft aber möge Sie mit dem Namen des Weltversöhners grüßen!

Romain Rolland.

Die Frau.

Um den ich manche lange Nacht geizert und geweint — man hat mir keinen Gruß gebracht: er steht nicht mehr am Feind.

Er steht nicht mehr im Waffengraus, ich fühle ihn so nah. Er kommt zu mir nach Haus, nach Haus — ach, wär er nur erst da!

Er wird so mild, so müde sein. Das Asten ist bereit. Leg' ab und bette dich hinein, vorbei ist unser Leid.

Und wenn er noch im Schloße spricht, sag' ich ihm leil' das Wort: Hera, gräm' dich nicht und sorg' dich nicht — Du brauchst nicht wieder fort!

Kurt Hiller.

Notizen.

— Die Theater auf! Im Kleinen Theater findet Freitagabend, 8 1/2 Uhr, im Einverständnis mit dem Volksgesetz eine Preisvorstellung für heimgekehrte Krieger statt. Die Berechtigung der Eintrittskarten erfolgt ausschließlich durch die Kommandantur.

— Ueber Edmond Rostand, dessen Art mir aus Anlaß seines Todes kennzeichnet, wird uns von anderer Seite noch geschrieben: Dieser Tod geht Frankreich an; für und in Deutschland weckt er doch bloß eine literarische Erinnerung.

Was Rostand der Dichtung schenkte, bedeutet allerdings auch in seinem Vaterlande im Grunde nicht mehr als bei uns. Man nahm

es dort nur begeistert an, weil es die nationalistische Seite traf: hinreichend im Schwung, grandios in Pose und Gehe und beruhend in der Grazie des Spiels und der Worte. Dabei auch das trostlose Coquelin willige Nimmens bei dem Cyrano-Stück und später die Hilfe der sentimentalitätslästernden Parthi Sarah Bernhardt bei „Alphon“, dem Napoleonstück zur Weltausstellung von 1900. Aber der erste Sieg wiederholte sich nicht. Als Rostand bewußt versuchte, der Bühne nationalistische Werte zu verfechten, wurde die französische Welt weniger leicht über die Torsade getrieben, doch ihr vergötterter Dichter doch nur ein Künstler der glänzenden Augenleuchte war.

Daran nahm man freilich keine Zeit — die Jahre vor und nach der Jahrhundertwende — durchaus nicht Anstok. Im Gegenteil. Die bunte, schnellende Art spielerisch blühender Romantik war der bürgerlichen Welt willkommen als Gegenbild wider den grauen, schwererschleppenden, bedrückenden Naturalismus. Es war kein Zufall, daß Rostand in Deutschland für seine Stücke einen Verdienst von wie Radio vor Schmeißer erhielt. Er war ihm von der Zeit der neunziger Jahre wohlberühmt zugehoren.

— Künstlerinnen und Akademiefrage. In Berlin forderte eine Sitzung des Hauptvorstandes des Bundes deutscher und österreichischer Künstlerinnenvereine in einer Resolution, daß den Frauen gleich wie die anderen staatlichen Bildungshäusern ohne jeden Vorbehalt auch die Kunstakademien zugänglich zu machen seien. Man hofft das Ziel aber „ohne Sturm und Regen“ erreichen zu können, als einfache logische Folgerung aus der seitherigen Entwicklung heraus, welche die Bildungsmöglichkeiten für die Frauen genommen haben — und zwar dann, wenn wieder ruhigere Zeiten in unser schwer geprägtes Vaterland eingeleitet sind.

— Der Lyriker Karl Duse ist gestorben. Er ist nur 46 Jahre alt geworden. Als er um 1890 zuerst unter dem Namen „Carl Gebus“ hervortrat, hat mancher viel Hoffnungen auf ihn gesetzt, z. B. Erich Schmidt. Diese Hoffnungen hat der Dichter nicht erfüllt. Aber ein rotes Nischen seiner leichtbewegten, durch düstere Stimmungen oder grüblerisches Wesen ganz und gar nicht belebten Werke haben seinen Namen bekannt gemacht. In den angelegenen bürgerlichen Familienblättern war er schäblich, auch als Literaturkritiker. Die soziale Kampfbewegung hat von ihm nichts empfangen.

— Vorträge. „Ein Gedächtnis“, Tragedie von Friedrich von Arnau, wird Christine Reichenbach aus Dresden am 12. Dezember im Künstlerhaus vortragen. — Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr findet Rest Vanger „Arno-Holz-Abend“ statt.

— Luftverkehr über die ganze Welt. Einem Amerikaner Markt zufolge hat der Vorhänger der Flugzeug-Reise- und Transport-Gesellschaft erklärt, daß eine Gesellschaft im Besitz sei eine Kette von Luftstationen für Post- und Personentransporte über die ganze Welt zu errichten. Außer für Stationen in Frankreich, Italien, Norwegen, Dänemark hat das Unternehmen Vorbereitungen auch für Stationen in China, Indien, Japan und Südafrika getroffen.

